

Klaus Behringer

Was ist Zensur? Eine Staatsraison?

Rede auf der KUNDGEBUNG FÜR KUNSTFREIHEIT 20.7.2024 am ›Platz der sich frei bewegenden Kunst‹

Wer zu mehr als zwölf Leuten sprechen kann, ist ein Diktator. (Das hat Jean-Luc Godard ein wenig überschärft so gesagt.)

Das Saarland ist aber keine Diktatur -- sage ich. Da sind wir uns einig. Vermutlich nie eine gewesen. Nicht so verfasst und auch faktisch keine geworden, eher im Gegenteil: Vielleicht ging es in den frühen 50er Jahren hierzulande noch etwas diktatorischer als heute zu, kann ich nicht so gut beurteilen, ich war ja noch nicht dabei. Aber heute, sicher keine Diktatur. Heißt das aber: Wenn es keine Diktatur ist, kann es keine Zensur geben? Das wäre ein gefährlicher Kurzschluss. Und ich stehe hier, als Privatmann, als Saarländer, als Schriftsteller, weil ich mir Sorgen mache.

Professor Rixecker als Präsident des Verfassungsgerichtshofs des Saarlandes wie auch als Antisemitismusbeauftragter der Landesregierung hat ja freundlicherweise darauf hingewiesen, wie wichtig die Freiheit von Zensur ist. Ist er eigentlich hier? Nein? Als er zur Absage der Ausstellung von Candice Breitz befragt wurde, sagte er: *Grundrechte sind Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Der Staat darf nicht Einfluss nehmen, auch nicht durch irgendeine Stiftung.* Aber was folgt daraus? Er folgert daraus etwas anderes als ich, er sagt: Candice Breitz darf ihre Meinung doch frei äußern! Das darf sie -- wird sie auch gleich wieder tun. Darum geht es mir aber in der Kritik nicht. Sondern: Bei ihrer Ausladung und der Absage ihrer Ausstellung handelt sich um einen schwerwiegenden Eingriff in die Kunstfreiheit. Ministerin Streichert-Clivot verändert gewissermaßen aus politischen Gründen direkt die von Fachleuten getroffene Auswahl der Künstlerinnen für Ausstellungen und verbietet eine Ausstellung, die bereits seit langer Zeit vorbereitet wird. Wenn das mal keine staatliche Zensur ist! -- Sie haben vielleicht bemerkt, dass der Begriff *Cancel Culture* in meiner Rede gar nicht vorkommt. Und jetzt ist er doch vorgekommen. *Zensur* ist aber der viel präzisere Begriff, und er steht im Grundgesetz.

Ich denke nicht, dass der schöne lapidare Satz im Grundgesetz-Artikel 5: *Eine Zensur findet nicht statt* nur bedeuten sollte: Wir werden keine Zensurbehörde einrichten. In der DDR gab es auch keine explizite Zensurbehörde, trotzdem fand staatliche Zensur statt, sogar institutionalisiert. Auch in diesem saarländischen Fall finde ich, dass es eine Struktur gibt, welche die Zensur ermöglicht, geradezu begünstigt hat. Ich meine das eigene Gesetz für die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz. Zur Zeit gilt die Fassung von 2013, beschlossen vom Landtag zur Zeit der großen Koalition von CDU und SPD unter Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer. Die Stiftung ist nicht irgendeine kleine Privatkitsche, sondern eine öffentlich-rechtliche Institution, die einen erheblichen Teil der saarländischen Kunstszene bestimmt. (*3 der renommiertesten Museen des*

Saarlandes an insgesamt 5 Standorten, heißt es in der Selbstdarstellung auf ihrer Website.) Im Gesetz ist geregelt, dass das Kuratorium (eine Art Aufsichtsrat) von der Landesregierung berufen wird auf Vorschlag der Ministerin -- und die Ministerin selbst ist Vorsitzende. Der Vorstand der Stiftung ist weisungsgebunden. Wenn die Ministerin also will, kann sie einfach durchregieren. Sie darf auch (mit dem Kuratorium) den Vorstand berufen und entlassen -- was sie ja auch getan hat. Sie darf aber natürlich nicht alles, sie darf z. B. nicht zensieren, denn eine Zensur findet nicht statt. Sagt jedenfalls das Grundgesetz. Wenn sie es trotzdem tut mit einem solchen Ausstellungsverbot, muss diese Entscheidung sehr gut begründet sein, und zwar mit einem Grund, der schwerer wiegt als die Meinungs- und Kunstfreiheit, welche ja hohe geschützte Güter sind. Wir denken, dass es an einer solchen Begründung mangelt, die Ministerin hat bisher nichts Substanzielles vorgetragen, sondern nur Spekulation und Hörensagen. Es handelt sich um staatliche Zensur, das ist die einfachste Erklärung. Und deshalb gibt es ein öffentliches Interesse, den Vorgang dieser Zensur transparent zu machen, ein Interesse, das wichtiger ist als der Satz in der Satzung, die sich die Stiftung selbst gegeben hat, dass ihre Kuratoriumssitzungen nicht öffentlich sind. Wir haben das gefordert in einem offenen Brief an die Ministerin Ende April -- der übrigens bisher unbeantwortet geblieben ist.

Und wir fordern noch einmal die Offenlegung des Protokolls der Kuratoriumssitzung, in der die Ausladung von Candice Breitz und die Absage der Ausstellung beschlossen wurde. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse zu erfahren, wie so ein Beschluss zustande kommt. Vielleicht gibt es gar kein Protokoll. Oder es gibt eins, da steht aber der Beschluss vielleicht gar nicht drin. Es könnte sein, dass die Mitglieder des Kuratoriums zwar mal über die Causa Breitz geplaudert, aber eben nichts beschlossen haben, und die Ministerin hat es einfach eigenmächtig aus dem Fenster gewinkt. Das wäre noch näher an staatlicher Zensur als ohnehin schon von außen sichtbar. Wozu braucht die Kulturstiftung ein Kuratorium, das einen solchen Eingriff in die Kunstfreiheit einfach passieren lässt? Es ist ja nicht so, dass man dort lauter brave Parteisoldaten und -soldatinnen aufgestellt hätte, die von Freiheit und Kunst nichts verstehen, ganz so schlimm ist es nicht. Es könnte so schlimm sein, das Stiftungsgesetz würde die Regierung nicht daran hindern. Aber schlimm wäre, wenn überhaupt kein Alarmglöckchen geläutet hätte bei dieser Maßnahme. Wenn alle brav die Ausladung mitbeschlossen und mitgetragen hätten, wie man es auch von Andrea Jahn verlangt hat.

Damit bin ich nochmal bei der strukturellen Ermöglichung der Zensur. Den Gedanken, dass es im Saarland solche staatlichen Zensurvorgänge geben könnte, hab ich lange verdrängt. Ich dachte immer, so was kommt allenfalls in Bayern vor, und hab darüber gelacht. Dort rufen ja manchmal Politiker oder ihre Helfershelfer beim Bayerischen Rundfunk an und sagen: Das dürft ihr nicht senden! Ich habe lernen müssen, dass es im Saarland ähnliche Fälle gegeben hat. Und die Absage der Ausstellung von Candice Breitz ist, denke ich, ein gut vergleichbarer Vorgang.

Es sollte einen demokratischen Weg geben, wenn eine Struktur die Zensur so begünstigt und einfach macht, diese Struktur zu ändern, also z. B. für eine größere Staatsferne der Institution zu sorgen. Wir haben ja viel diskutiert über die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, für die sich das Bundesverfassungsgericht stark gemacht hat in seinem berühmten ZDF-Urteil von 2014, und mit dem neuen Mediengesetz des Saarlandes gabs da ja auch Fortschritte.

Kunst bringt nicht nur, sie bietet nicht nur, sie ist die einzig erkennbare Erscheinungsform der Freiheit auf dieser Erde (zitiere ich einen ziemlich pathetischen, aber vielleicht doch richtigen Satz von Heinrich Böll. Ich erlaube mir das jetzt mal, das Pathos, in dieser Rede, das ich mir in meiner Kunst, in meiner Literatur niemals erlaube.)

Ich denke, es würde der Demokratie gut anstehen, wenn es für die Kunstfreiheit -- die ja ein ähnlich hohes Gut ist wie die Rundfunkfreiheit -- in den öffentlich-rechtlichen Kulturinstitutionen ein analoges Konzept gäbe wie das des Bundesverfassungsgerichts zur Rundfunkfreiheit. Nämlich eine möglichst große Staatsferne. Ich sehe diesen Weg auch für die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz. Wie wäre es, wenn der Landtag das Stiftungsgesetz ändern würde, so dass z. B. nicht mehr die Landesregierung sämtliche Kuratoriumsmitglieder beruft, und auch die Ministerin nicht mehr Vorsitzende des Kuratoriums ist. Die Stiftung als öffentlich-rechtliche Institution könnte staatsferner verfasst werden. Ich halte das sogar für notwendig.

Jetzt mal pragmatisch: Wie wäre das denn richtig gelaufen? Ohne Zensur? Ohne Verletzung der Kunstfreiheitsrechte. Nun, Museumschefin Andrea Jahn hat die Ausstellung von Candice Breitz kuratiert, die Ausstellung wurde vorbereitet... jetzt kommt der Irrealis: Sie hätte stattgefunden. Viele hätten sie gesehen. Und dann hätte man kritisieren können, alle, selbst die Ministerin hätte kritisieren können. Es gibt Kunstkritik. Man hätte sagen können: Das ist aber schlechte Kunst, deshalb und deshalb. Man hätte vielleicht gesagt: Die politische Aussage teile ich nicht, das Gegenteil ist richtig. Man hätte sogar sagen können: Das ist gar keine Kunst, das ist nur politische Agitation. -- Diskurs wäre in Gang gekommen, ein Kunstdiskurs, auch ein politischer, und vielleicht hätte sogar der ein paar kluge Gedanken eingeschlossen. Das wäre nicht ausgeschlossen gewesen. Schöne Aussichten. Hätte das geholfen? Ja. Das hätte geholfen. Aber so hat man die Kunst erst gar nicht gesehen. Ich hätte lieber über die Kunst diskutiert als über ihre Zensur. Aber der öffentliche Diskurs ist in einem bedauernswerten Zustand, bei dem beide Exponenten nur ihre apodiktischen Positionen raushauen und sich z. B. gegenseitig Antisemitismus vorwerfen (ein schon ziemlich gruseliger Vorgang), und niemand eigentlich an Erkenntnis interessiert ist -- andererseits aber viele nicht öffentlich zu ihrer Überzeugung stehen wollen und ihre Meinung nur äußern, solange sie in Deckung sind, hinter einem PC-Bildschirm oder einer pseudonymisierten Adresse in einem sogenannten sozialen Netzwerk.

Zur staatsferneren Stiftungsverfassung: Ich bin nicht sehr optimistisch, dass sich da viel ändert, Ganz gleich welche Partei an der Macht ist, sie will sie sichern und ausbauen, die Macht. Der Staat soll immer mehr Einfluss und Kontrollrechte bekommen (siehe z. B. das neue Hochschulgesetz, das kritisiert wird als *nicht gerechtfertigter Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit sowie in die Hochschulautonomie*.) Liberalisierung im Kulturbereich scheint paradoxerweise nur dann möglich zu sein, wenn man dazu gezwungen ist: siehe Staatsferne des Rundfunks und das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das ZDF-Urteil wurde 2014 gesprochen, bis zu seiner Berücksichtigung im Saarländischen Mediengesetz hat es also fast 10 Jahre gedauert. Man kann das sportlich sehen, im Saarland sowieso (wir sind ja große Sportfans): so als Wettkampf zwischen Machtausbau von oben und Widerstand von unten. O. k., aber bitte dabei nicht vergessen, dass selbst wir Saarländer nicht nur regiert werden wollen, sondern der Souverän sind.

Hier läuft eine Postkarte um, die sich viral ausbreiten soll, als Flugblatt-Ersatz. Es gibt sie in rot und weiß. Auf der Vorderseite ist die Dada-Annonce *Was ist Dada?* aus *Der Dada Nr. 02* von 1919 abgebildet und auf der Rückseite der Anfang des Kommunistischen Manifests von 1848 zitiert, nur leicht verändert: *Kommunismus* ist durch *Kunstfreiheit* ersetzt, *Dada* durch *Zensur* und *Papst und Zar, Metternich und Guizot* durch *Stark-Watzinger und Streichert-Clivot*. -- Jede *populistische Klarheit unterlaufend*, und jede vorschnelle Identifikation, weil wir finden, dass wir jetzt einmal nachdenken sollten, alle!